

Washington News

Nr. 7 vom 21. Februar 2019

- **Diese Woche in Washington**
- **Kritik an Nicht-Veröffentlichung des 232-Berichts**
- **SPOTLIGHT STEUERN: Weniger Steuerrückerstattungen als im Vorjahr**
- **Blockchain eignet sich für Smart Manufacturing**
- **Die USA erhöhen mit ihrer Handelspolitik den Druck auf die Welt**
- **Verschärfung der Venezuela-Sanktionen**
- **Untersuchung zu Zöllen auf Waschmaschineneinfuhren**
- **Erneute Verzögerung bei Keystone XL**

Diese Woche in Washington

US-Präsident Trump hat davor gewarnt, dass er Zölle auf Autoimporte aus der EU verhängen werde, sollten sich die USA mit der Europäischen Union nicht auf ein Handelsabkommen einigen können. Trump verwies erneut auf das Handelsdefizit mit der EU, das derzeit bei 151 Milliarden US\$ liege. Dies sei ein Verlust für die USA. Die EU bezeichnete er als einen harten Verhandlungspartner.

Unterdessen gehen die Gespräche zwischen den USA und China weiter. Der US-Handelsbeauftragte Robert Lighthizer und US-Finanzminister Steven Mnuchin empfangen heute die vom Vizepremier Liu He angeführte Delegation aus China in Washington. An den Gesprächen werden auch US-Wirtschaftsminister Wilbur Ross, der Leiter des *National Economic Councils* Larry Kudlow sowie der Direktor für Handels- und Industriepolitik im Weißen Haus Peter Navarro teilnehmen. Der Vorsitzende des Finanzausschusses des Senats Chuck Grassley (R-IA) bezweifelt derzeit, dass ein zufriedenstellendes Abkommen zwischen den USA und China in den kommenden Wochen erreicht wird. Präsident Trump hat angekündigt, die Frist für eine Einigung gegebenenfalls über den 1. März hinaus zu verlängern.

Die Liste der Unternehmen aus der Fahrzeugbranche wächst, die sich bei der *National Highway Traffic Safety Administration* (NHTSA) im *Voluntary Safety Self-Assessment* (VSSA)-Verzeichnis eintragen. Hierbei geht es um die freiwillige Offenlegung, wie selbstfahrende Fahrzeuge entwickelt und auf öffentlichen Straßen getestet werden. (cs/kw)

Kritik an Nicht-Veröffentlichung des 232-Berichts

Nachdem das US-Wirtschaftsministerium (DOC) am

Kurzmeldungen

Verschärfung der Venezuela-Sanktionen

Die Trump-Administration hat den Druck auf den venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro durch die Verhängung wirtschaftlicher [Sanktionen](#) weiter erhöht. Gleichzeitig liefern die USA zusätzliche humanitäre Hilfe. Die neuen Sanktionen richten sich gegen den Erdölminister und Präsidenten des staatlichen Ölkonzerns PdVSA sowie vier hochrangige Geheimdienst- und Sicherheitsbeamte. Laut Finanzminister Steven Mnuchin unterstützten diese Personen maßgeblich das Maduro-Regime, das Menschenrechte verletze und

vergangenem Sonntag dem Weißen Haus seinen Bericht zur Untersuchung vorgelegt hat, ob Importe von Autos und Autoteilen die nationale Sicherheit gefährden, werden nun Forderungen lauter, den Bericht zu veröffentlichen. Senator Ron Wyden (D-OR), führendes Mitglied der Demokraten im Finanzausschuss, kritisierte die Entscheidung der Administration, den Bericht geheim zu halten. Laut Wyden hätten Familien, Kleinunternehmen und Landwirte Anspruch darauf zu wissen, ob ihnen durch die potenzielle Einführung von Zöllen wirtschaftliche Vor- oder Nachteile entstünden. Auch der republikanische Vorsitzende des Finanzausschusses, Senator Chuck Grassley (R-IA), gab an, noch keine Einsicht in den Bericht erhalten zu haben. Den Schutz der nationalen Sicherheit als Grundlage für die Verhängung von Zöllen heranzuziehen, bezeichnete er als fragwürdig.

Interessenvertreter kritisieren, dass die Nicht-Veröffentlichung zur weiteren Verunsicherung bei Unternehmen beitrage und somit die Wettbewerbsfähigkeit der USA schwäche. *The Cause of Action Institute* hat unter Berufung auf den *Freedom of Information Act* zwei Anträge auf Einsichtnahme beim US-Wirtschaftsministerium und dem *Bureau of Industry and Security* gestellt.

Vor dem Hintergrund der Nicht-Veröffentlichung rücken die beiden Gesetzesentwürfe der Senatoren Pat Toomey (R-PA) und Rob Portman (R-OH) weiter ins öffentliche Interesse. Der *Bicameral Congressional Trade Act* und der *Trade Security Act* würden die Autorität des Präsidenten beschränken, auf Grundlage von *Section 232* des *Trade Expansion Act of 1962* neue Zölle einzuführen. (kw)

SPOTLIGHT STEUERN: Weniger Steuerrückerstattungen als im Vorjahr

Erste Daten der [US-Steuerbehörde \(IRS\)](#) zeigen, dass die diesjährigen Steuerrückerstattungen mit durchschnittlich 1.949 US\$ geringer ausfallen als im Vorjahr mit 2.135 US\$. Zum jetzigen Zeitpunkt seien die gesamten Steuerrückerstattungen um 15,8 Prozent auf 11,4 Millionen gesunken.

Die Demokraten nehmen die Mitteilung der IRS zum Anlass, die Steuerreform von 2017 zu kritisieren. Diese hätte dazu geführt, dass sich einige Steuerzahler nun mit einer höheren Steuerschuld konfrontiert sähen. Bereits im vergangenen Sommer hatte das [Government Accountability Office \(GAO\)](#) davor gewarnt, dass rund 30 Millionen Arbeitnehmer ihre steuerlichen Abgaben nicht entsprechend an die Steuerreform angepasst hätten. In einem [Brief](#) fordern 40 demokratische Senatoren, darunter Ron Wyden (D-OR) und Chuck Schumer (D-NY), die Steuerbehörde dazu auf, auf Strafgeldern in diesen Fällen zu verzichten.

Der Vorsitzende des Finanzausschusses im Senat Chuck Grassley (R-IA) und der führende Republikaner im *Ways and Means*-Ausschuss des Repräsentantenhauses, Kevin Brady (R-TX), lehnen dies in einem [Meinungsbeitrag](#) ab. Eine Steuerrückerstattung sei lediglich ein Indikator dafür, dass die Steuerzahler im vergangenen Jahr die IRS überbezahlt hätten. Insgesamt hätten 90% der Familien in der

Demokratie unterdrücke. Die Trump- Administration erkennt den Oppositionsführer Juan Guaidó als Interimspräsident Venezuelas an. (ch)

Untersuchung zu Zöllen auf Waschmaschinen-einführen

Die *US International Trade Commission (USITC)* hat mit ihrer [Untersuchung](#) begonnen, ob und wie sich die Importzölle auf Waschmaschinen auf den inländischen Markt auswirken. Die Zölle wurden von der Trump-Administration am 7. Februar 2018 auf Grundlage der *Section 201* des *Trade Act of 1974* verhängt. Die ITC ist per Gesetz dazu verpflichtet, eine solche Untersuchung durchzuführen, wenn Schutzmaßnahmen länger als drei Jahre in Kraft bleiben sollen. Im o.g. Fall werden die Schutzmaßnahmen nach drei Jahren und einem Tag am 7. Februar 2021 auslaufen. Die ITC wird am 25. Juni 2019 eine öffentliche Anhörung veranstalten. Die Ergebnisse müssen dem Weißen Haus und dem Kongress bis zum 7. August 2019 vorgelegt werden. (ch)

Erneute Verzögerung bei Keystone XL

Der Bau der *Keystone XL*-Pipeline verzögert sich weiter. Ein Bundesrichter in Montana hat die Pläne der

Mittelschicht aufgrund der jüngsten Steuerreform weniger Steuern zahlen müssen, so Grassley und Brady. (ch)

Betreibergesellschaft TransCanada blockiert, private Grundstücke in Morris Fall, MT, als Lager für Baumaterialien zu nutzen. Es wird erwartet, dass TransCanada Berufung einlegen wird. (kw)

Blockchain eignet sich für Smart Manufacturing

Das *National Institute for Standards and Technology* (NIST) kommt in seinem jüngsten Bericht zu dem Schluss, dass Blockchain eine geeignete und insbesondere sichere Technologie im *Smart Manufacturing*-Bereich ist. Die Blockchain-Technologie hätte sich bei digitalen Währungen als sicher erwiesen und könnte somit auch zur Übermittlung von Fertigungsdaten im produzierenden Gewerbe verwendet werden. Ein wesentlicher Vorteil bei Blockchain sei es, dass alle Daten des gesamten Produktionsprozesses sowie aller im Produktionsprozess beteiligten Akteure exakt nachverfolgt werden können. Alle Produktionsschritte seien, vergleichbar mit Finanztransaktionen, chronologisch nachverfolgbar.

Mit der Nutzung der Blockchain-Technologie könne sich zum Beispiel der Hersteller eines Bauteiles sicher sein, dass die ihm zugesandten Spezifikationen tatsächlich von dem Entwickler des Endproduktes kommen. Da Datensätze individuell zugeordnet würden, seien sie nicht manipulierbar. NIST hat angekündigt, seine Ergebnisse in den *Smart Manufacturing*-Bereichen der additiven Herstellung, selbstfahrenden Fahrzeugen und Pharmazie zu testen. (cs)



Die USA erhöhen mit ihrer Handelspolitik den Druck auf die Welt

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

US-Präsident Donald Trump möchte die Exporte der USA ankurbeln, Importe drosseln und abgewanderte Industriearbeitsplätze ins Land zurückholen. Nach seiner Meinung waren die Interessen der US-Wirtschaft auf dem Weltmarkt vor seiner Amtszeit mehr schlecht als recht geschützt. Um das zu ändern, geht er hart gegen China vor, krepelte das nordamerikanische Freihandelsabkommen zugunsten seines Landes um, führte Strafzölle auf Solarpanele, Elektrohausgeräte, Stahl und Aluminium ein und droht mit höheren Einfuhrabgaben auf Kfz und Kfz-Teile. Den vollständigen Beitrag finden Sie kostenfrei [hier](#). (gtai)



Audi



Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Dr. Christoph Schemionek

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:
Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2019

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

**[For German trade and investment visit
www.germanbusinessmatters.com](http://www.germanbusinessmatters.com)**

